

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Bergisch Gladbach
30.03.2022

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)

5

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
06.04.2022
Ausschussbetreuender Fachbereich
Ratsbüro
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142245

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Mittwoch, 30.03.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:40 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

siehe Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Ö 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.02.2022 - öffentlicher Teil**
0150/2022
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Stellvertretender Vorsitz des Hauptausschusses**
0106/2022
- 6 Städtepartnerschaftliche Aktivitäten**
0144/2022
- 7 Anregung vom 05.02.2021 zur Installation eines Erinnerungsmodus´ zum Geden-**

- ken an Patricia Wright**
0073/2022/1
- 8 Programmvereinbarung „Zukunftsorientierte Verwaltung“**
0098/2022
- 9 Beitritt in das Netzwerk „Mayors for Peace“**
0131/2022
- 10 Mitgliedschaft im Netzwerk „Hochwasser- und Überflutungsschutz“ der Kommunalagentur NRW**
0105/2022
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 11.1 Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 24.02.2022 (eingegangen am 24.02.2022): „Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung“**
0146/2022
- 11.2 Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 02.03.2022 (eingegangen am 02.03.2022): „Darstellung der Entschädigungsleistungen“**
0148/2022
- 11.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜ-NEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 14.03.2022 (eingegangen am 15.03.2022): „Vorbereitung einer Ausschreibung für den Stromlieferungsvertrag“**
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 12.1 Schriftliche Anfragen**
- 12.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 13.03.2022 (eingegangen am 14.03.2022): „Sofort-Programm zur Stärkung der Innenstädte“**
0158/2022
- 12.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Stein eröffnet um 17:00 Uhr die 10. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Buchen (CDU-Fraktion) und Frau Mehls (SPD-Fraktion) entschuldigt, die durch Frau Opiela (CDU-Fraktion) und Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) vertreten würden. Seitens der Verwaltung habe sich Herr Flügge (Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter) entschuldigt.

An der 10. Sitzung des Hauptausschusses haben teilgenommen:

Claudia Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Friedrich Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Bischoff (CDU-Fraktion)
Collin Eschbach (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Hans Josef Haasbach (CDU-Fraktion)
Harald Henkel (CDU-Fraktion)
Brigitte Holz-Schöttler (SPD-Fraktion)
Corvin Kochan (SPD-Fraktion)
Jörg Krell (FDP-Fraktion)
Theresia Meinhardt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Michael Metten (CDU-Fraktion)
Dr. Benno Nuding (Fraktion Freie Wählergemeinschaft)
Brigitta Opiela (CDU-Fraktion)
Klaus Orth (SPD-Fraktion)
Lutz Schade (CDU-Fraktion)
Anna Maria Scheerer (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Helmut Schmidt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Günther Schöpf (AfD-Fraktion)
Fabian Theodor Schütz (Fraktion Bergische Mitte)
Klaus W. Waldschmidt (SPD-Fraktion)
Josef Willnecker (CDU-Fraktion)

Von Seiten der Verwaltung haben teilgenommen:

Frank Stein (Bürgermeister)
Ragnar Migenda (Beigeordneter)
Thore Eggert (Beigeordneter/Stadtkämmerer)
David Sprenger (FB 1)
Sascha Inderwisch (FB 9)
Christian Ruhe (FB 9-14)

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein die Einladung vom 16.03.2022 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen, einen Antrag zur Sache der CDU-Fraktion zu TOP Ö 6 als Tischvorlage sowie die aktualisierten Vorlagenversionen mit Stellungnahmen der Verwaltung zu den Tagesordnungspunkten Ö 12.1.1 und N 4.1 als Tischvorlagen.

Betreffend die Anregung zur Installation eines Erinnerungsmodus´ zum Gedenken an Patricia Wright hätten die Petenten darum gebeten, dass der Hauptausschuss die Vorlage vertagen möge, da noch eine nähere Abstimmung mit der Familie von Patricia Wright erfolgen solle.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig den folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage Nr. 0073/2022/1 – Anregung vom 05.02.2021 zur Installation eines Erinnerungsmodus´ zum Gedenken an Patricia Wright (TOP Ö 7 der Sitzung des Hauptausschusses am 30.03.2022) wird vertagt.

Die Vorlage Nr. 0071/2022 – Ergebnisse der Klimaaanalyse: Klimafunktions- und Planungshinweiskarte – solle nach Beratung im AIUSO, AMV und SPLA in der Sitzung des Rates am 05.04.2022 zur Entscheidung gestellt werden.

Die Verwaltung habe die Vorlage bei der Erstellung nicht als „Grundsatzangelegenheit des Klimaschutzes“, gewertet, für die der Hauptausschuss zuständig wäre.

Dennoch könnte der Hauptausschuss vor diesem Hintergrund heute beschließen, sich für zuständig zu erklären und sich heute ergänzend ebenfalls mit der Thematik zu befassen. Die CDU-Fraktion habe dies vorgeschlagen. Die Vorlage liege allen Ratsmitgliedern vor. Da eine Beschlussfassung am 05.04.2022 im Rat vorgesehen ist, ließe sich hieraus auch Dringlichkeit für eine Erweiterung der heutigen Tagesordnung begründen.

Herr Krell spricht sich gegen diesen Vorschlag aus. Es hätten sich bereits drei Ausschüsse ausführlich mit der Thematik befasst.

Herr Waldschmidt schließt sich dieser Auffassung an. Der Antrag sei auch in der gestrigen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses ausführlich beraten worden. Zudem habe auch eine Videokonferenz stattgefunden, in der Fragen hätten gestellt werden können. Aus seiner Sicht wolle die CDU-Fraktion den Prozess der Beratung und Beschlussfassung nun aufhalten.

Herr Henkel entgegnet, es habe nicht genügend Zeit bestanden, offene Fragen zur Sache zu beantworten. Offensichtlich seien die gestellten Fragen auch gar nicht richtig verstanden worden. Daher solle sich auch der nach der Zuständigkeitsordnung für Klimaschutz zuständige Hauptausschuss mit der Angelegenheit befassen.

Für den Vorschlag, die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 30.03.2022 aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Beratung der Vorlage Nr. 0071/2022 – Ergebnisse der Klimaaanalyse: Klimafunktions- und Planungshinweiskarte – als TOP Ö 4.a zu erweitern, stimmen CDU, Freie Wählergemeinschaft und Bergische Mitte. Gegen den Vorschlag stimmen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Der Bürgermeister enthält sich der Stimme. Damit wird der Vorschlag zur Erweiterung der Tagesordnung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Stein erläutert, ihm sei seitens der antragstellenden Fraktionen angekündigt worden, dass der gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 14.03.2022 (eingegangen am 15.03.2022): „Vorbereitung einer Ausschreibung für den Stromlieferungsvertrag“ (Vorlage: 0159/2022 und 0159/2022/1) im öffentlichen Teil der Sitzung beraten und zur Abstimmung gestellt werden solle.

Aus den Reihen des Hauptausschusses wird bestätigt, dass dies gewünscht sei.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig den folgenden **Beschluss**:

Der gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 14.03.2022 (eingegangen am 15.03.2022): „Vorbereitung einer Ausschreibung für den Stromlieferungsvertrag“ (Vorlage: 0159/2022 und 0159/2022/1, TOP N 4.1 der

heutigen Sitzung) wird als TOP Ö 11.3 im öffentlichen Teil der Sitzung beraten und zur Abstimmung gestellt.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 16.02.2022 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.02.2022 - öffentlicher Teil

0150/2022

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur aktuellen Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach

Herr Stein teilt mit, in Bergisch Gladbach würden aktuell 730 geflüchtete Menschen leben, die nicht aus der Ukraine geflohen seien. Darüber hinaus befänden sich rund 800 Kriegsvertriebene aus der Ukraine in Bergisch Gladbach – insgesamt somit rund 1.530 Geflüchtete. Für Kriegsvertriebene aus der Ukraine würden derzeit 591 (davon 140 an den OHS (betreut durch den ASB), 216 an der Hermann-Löns-Straße (betreut durch das DRK), 110 am Carpark und 125 an der Senefelder Straße und in den Räumlichkeiten des RTB) Betten durch die Stadt vorgehalten. In städtischen Unterkünften untergebracht seien derzeit rund 220 Menschen. Demnach seien rund 580 Menschen privat aufgenommen worden. Auf Grund der hohen Unsicherheit bei der Anzahl privat untergebrachter Menschen sei dieser Wert, genau wie der sich daraus ergebende Wert zur Gesamtzahl Kriegsvertriebener, mit Vorsicht zu bewerten. Bisher sei der Stadt Bergisch Gladbach kein Kriegsvertriebener zugewiesen worden und die Stadt Bergisch Gladbach habe bisher noch keinen Kriegsvertriebenen nicht aufnehmen können. Herr Stein dankt auch im Namen des Rates herzlich allen Beteiligten in der Stadtverwaltung, den helfenden Vereinen und Organisationen und den vielen Menschen, die sich privat engagieren, auch indem sie Menschen bei sich aufnehmen.

Auch Herr Kochan spricht allen Beteiligten Dank aus. Die Stadt habe damit eine Antwort auf den barbarischen Angriffskrieg gegeben, auf die man stolz sein könne.

Frau Opiela schließt sich dem Dank an und stellt dar, dass betreffend die Unterstützung von Gasteltern durch die Stadt Verbesserungsbedarf bestehe.

Herr Schütz äußert, dass sich derzeit rund 20.000 schulpflichtige Geflüchtete in Deutschland aufhielten und fragt, wie viele davon in Bergisch Gladbach untergebracht seien und wie sich die Situation an den Schulen darstelle.

Herr Krell fragt, welche finanzielle Unterstützung seitens des Landes und des Bundes zu erwarten sei.

Herr Stein antwortet, es gebe Signale, dass die Kommunen eine pauschale finanzielle Unterstützung erhalten würden. Er gehe jedoch nicht davon aus, dass diese die Aufwendungen der Kommunen decken würden. Die grundsätzliche Aussage, dass man die Kommunen nicht „im Regen stehen lassen“ werde, stimme ihn allerdings optimistisch. Die Stadt Bergisch Gladbach halte präzise nach, welcher Aufwand ihr entstehe.

Herr Migenda ergänzt, derzeit habe die Unterbringung und Erfassung der geflüchteten Menschen Priorität. Im städtischen Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) werde die Thematik „Schu-

len“ bereits ausführlich thematisiert und es werde im Dialog mit den Schulen eine Strategie zur Beschulung aufgestellt. Es gebe bereits entsprechende Initiativen seitens der Schulen.

Herr Stein benennt die schulischen Raumbedarfe und die Anzahl der Lehrkräfte als zu lösende Problematiken.

Frau Holz-Schöttler ergänzt, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei bereits die Möglichkeit beraten worden, geflüchtete Menschen mit pädagogischer Ausbildung unterstützend einzubeziehen.

Frau Opiela fragt, ob seitens der Stadt oder des Kreises eine finanzielle Entschädigung der Gasteltern geplant sei. Eine solche sei vom Bundesland Baden-Württemberg und auch von der Stadt Königswinter bereits umgesetzt worden.

Herr Stein und Herr Eggert antworten, eine solche Regelung falle in die Zuständigkeit des Landes. Die Stadt Bergisch Gladbach müsse derzeit ganz kurzfristig Lösungen finden und werde damit bisher größtenteils von übergeordneten Behörden allein gelassen. Die geflüchteten Menschen würden wahrscheinlich Leistungen analog zu den Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass andere Bundesländer in dieser Frage offensichtlich besser aufgestellt seien, als das Land Nordrhein-Westfalen. Er bitte alle Anwesenden, auf die Landesregierung einzuwirken.

Frau Opiela entgegnet, dass die nordrhein-westfälische Stadt Königswinter Gasteltern mit 50,- EUR pro Monat pauschal entschädige.

Herr Schöpf fragt, wie viele der 800 Kriegsflüchtlinge keine ukrainischen Staatsbürger seien, worauf Herr Migenda mit „rund 70 Personen“ antwortet.

Mitteilung zur Parksituation an der Schloßstraße

Herr Stein teilt mit, es habe viele berechtigte Beschwerden darüber gegeben, dass das Parkverbot auf den entsprechend ausgewiesenen Flächen an der Schloßstraße konsequent ignoriert werde, weshalb in der nächsten Woche mit der Installation umklappbarer Poller begonnen werde.

Die vorgetragenen Mitteilungen werden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

5. Stellvertretender Vorsitz des Hauptausschusses

0106/2022

Der Hauptausschuss trifft mehrheitlich gegen die Bergische Mitte bei einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende **Wahl**:

Der Hauptausschuss wählt Frau Theresia Meinhardt zur stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses.

6. Städtepartnerschaftliche Aktivitäten

0144/2022

Herr Henkel erläutert den Antrag zur Sache der CDU-Fraktion.

Herr Stein empfiehlt dem Hauptausschuss Zustimmung zu dem als Tischvorlage vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion und berichtet von einem Telefongespräch mit dem Bürgermeister Dariusz Skrobol der Partnerstadt Pszczyna, die ihrerseits Beziehungen zur ukrainischen Stadt Butscha unterhalte, die nordwestlich von Kiew liege und vom russischen Angriffskrieg bereits völlig zerstört worden sei. Es wäre sinnvoll, wenn die Stadt Bergisch Gladbach eine Städtepartnerschaft mit dieser Stadt anstrebe, die dann vielleicht trilateral ausgestaltet werden könnte.

Frau Meinhardt schließt sich diesem Vorschlag an. Es sei wichtig, dass keine rein symbolische, sondern eine Partnerschaft, die konkrete Hilfen generieren könne, eingegangen werde.

Herr Schöpf äußert die Zustimmung der AfD-Fraktion.

Herr Henkel äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion auch zum Ergänzungsvorschlag des Bürgermeisters.

Auch Herr Waldschmidt betont, man solle in die von Herrn Stein dargestellte bestehende Beziehung einsteigen. Die Stadt Bergisch Gladbach könnte einen Hilfsfonds einrichten.

Herr Dr. Bacmeister und Frau Holz-Schöttler stellen dar, dass sich vor dem Hintergrund des grausamen Krieges in der Ukraine wieder zeige, wie wichtig Städtepartnerschaften für die Völkerverständigung seien und danken für die umfangreiche Darstellung in der Vorlage.

Herr Dr. Metten entgegnet auf die Ausführungen Herrn Waldschmidts, es gebe zahlreiche Organisationen, die Spenden für die Ukraine sammeln und zielführend einsetzen würden. Die Stadt solle daher nicht ein weiteres Spendenprojekt eröffnen.

Betreffend den Vorschlag der Einrichtung eines städtischen Spendenprojektes äußert sich auch Herr Stein zurückhaltend. Er werde sich zunächst mit Dariusz Skrobol austauschen und dem Ältestenrat Bericht erstatten.

Herr Schütz regt an, nach einem Ende des Krieges auch eine Städtepartnerschaft zu einer russischen Stadt einzugehen. Er könne sich erinnern, dass am NCG vor vielen Jahren Schüleraustausche mit einer Schule in einer russischen Stadt in der Nähe von Moskau stattgefunden hätten. Zudem wäre es wegen der in Bergisch Gladbach bestehenden italienischen, türkischen und griechischen Communities sinnvoll, auch mit Städten in diesen Ländern Kontakte aufzunehmen. Unter Bezugnahme auf die Vorlage fragt Herr Schütz, ob auch zur Partnerstadt Velsen noch Kontakte bestünden.

Herr Stein berichtet, dass die Beziehungen zu Velsen derzeit weniger intensiv seien. Die Beziehungen zu z.B. Runnymede und Luton hätten erfolgreich belebt werden können. Dies sei stark abhängig vom Engagement der Initiativen und Vereine, die die Partnerschaften gestalten. Betreffend ein umfangreiches Eingehen neuer Partnerschaften empfehle er Zurückhaltung. Es habe sich als gewinnbringend erwiesen, wenn Städtepartnerschaften sich aus bürgerschaftlichem Engagement entwickeln und durch Vereine gepflegt würden. Der Hauptausschuss habe in einem Grundsatzbeschluss auch festgelegt, dass die städtepartnerschaftlichen Beziehungen durch Vereine gepflegt würden. Vor diesem Hintergrund wäre es begrüßenswert, wenn Herr Schütz oder andere Interessierte ein solches bürgerschaftliches Engagement z.B. in Richtung einer russischen Stadt aufbauen würden.

Herr Waldschmidt äußert Bedenken betreffend die derzeitigen Erfolgsaussichten einer Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zu einer Stadt in einem von einem autoritären Regime geführten Staat.

Herr Dr. Nuding wertet die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zu einer russischen Stadt als grundsätzlich richtig.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig den folgenden, im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzten **Beschluss**:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, eine konkrete Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt, vorzugsweise mit der ukrainischen Stadt Butscha, kurzfristig vorzubereiten und dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **Anregung vom 05.02.2021 zur Installation eines Erinnerungsmodus´ zum Gedenken an Patricia Wright**

0073/2022/1

Die Vorlage wurde vertagt (siehe Protokollierung zu TOP Ö 1).

8. **Programmvereinbarung „Zukunftsorientierte Verwaltung“**

0098/2022

Herr Stein erläutert, die Programmvereinbarung „Zukunftsorientierte Verwaltung“ und die Anmietung eines neuen Stadthauses stünden zwar in Zusammenhang, müssten aber unter Einhaltung der Zuständigkeiten der Fachausschüsse getrennt behandelt werden.

Herr Sprenger berichtet von einer ausgiebigen Beratung in der Sitzung des Ausschusses für den Stadthausneubau. Dabei hätten die Rats- und Ausschussmitglieder ein Informationsbedürfnis betreffend die Verwaltungsentwicklung und -modernisierung gegenüber der Verwaltung deutlich gemacht. Dieses solle durch ein künftiges diesbezügliches Berichtswesen im Hauptausschuss aufgefangen werden.

Auf die Frage Herrn Dr. Bacmeisters, ab wann diese Berichterstattung aufgenommen werde, antwortet Herr Sprenger, dass dies mit der nächsten Sitzung des Hauptausschusses geschehen werde.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. **Beitritt in das Netzwerk „Mayors for Peace“**

0131/2022

Herr Willnecker äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu einem Beitritt zum Netzwerk „Mayors for Peace“ zur Unterstützung des Ziels einer atomwaffenfreien Welt.

Dies wird von Frau Bacmeister bekräftigt. Im Januar des Jahres 2022 hätten 86 Staaten ohne die NATO-Staaten einen Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Auch Deutschland beteilige sich an der nuklearen Teilhabe. Die Gefahr eines Atomkrieges sei derzeit so hoch, wie nie zuvor.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig den folgenden **Beschluss**:

Die Stadt Bergisch Gladbach tritt dem Netzwerk „Mayors for Peace“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt bei.

10. **Mitgliedschaft im Netzwerk „Hochwasser- und Überflutungsschutz“ der Kommunalagentur NRW**

0105/2022

Frau Meinhardt äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und fragt, wann der Sachstandsbericht Hochwasser erfolgen werde. Dabei sollten auch die Bürgerinitiativen, Bürgerinnen und Bürger, die Hinweise gegeben hätten, einbezogen werden.

Herr Stein stellt in Aussicht, er werde Herrn Wagner bitten, ein digitales Informationsgespräch unter Einbeziehung der Fraktionen und der Bürgerinitiativen durchführen.

Herr Krell berichtet von einer offiziellen Kontaktaufnahme einer Bürgerinitiative aus Köln-Dünnwald und Köln-Höhenhaus, die nach Aussage der Initiative bisher nicht beantwortet worden sei. Er bitte daher die Verwaltung, in der nächsten Fachausschusssitzung zu berichten. Eine Videokonferenz sei richtig, aber nicht ausreichend.

Herr Henkel plädiert in Anbetracht zahlreicher Termine dafür, die Information solle im zuständigen Ausschuss erfolgen. Frau Meinhardt ergänzt, dass dann aber im Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung auch die Bürgerinitiativen, Bürgerinnen und Bürger gehört werden sollten.

Herr Stein antwortet, die Verwaltung werde einen praktikablen Vorschlag erarbeiten. Eine nähere Abstimmung könne im Ältestenrat erfolgen.

Herr Schütz fragt unter Bezugnahme auf die Vorlage, ob die Stadt bei dem Verein Gutachten beauftragen werde und wie diese dann berücksichtigt und umgesetzt werden sollten. Der Aussage Herrn Henkels betreffend eine Darstellung im Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung schließe er sich an.

Herr Migenda bekräftigt den Verfahrensvorschlag Herrn Steins. Die Verwaltung pflege einen engen Austausch mit der unteren Wasserbehörde als Trägerin des Gewässers. Zudem bestehe für die Landesbehörden die Möglichkeit, die Bemessungsgrundlagen zu prüfen und ggf. anzupassen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig den folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss beschließt den Beitritt zum Netzwerk „Hochwasser- und Überflutungsschutz“.

11. Anträge der Fraktionen

11.1. Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 24.02.2022 (eingegangen am 24.02.2022): „Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung“ *0146/2022*

Herr Dr. Nuding stellt dar, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft habe bereits vor einem Jahr einen Antrag zur Bürgerbeteiligung gestellt, der abgelehnt worden sei. Es sei stattdessen der Vorschlag der Verwaltung beschlossen worden, diese werde Leitlinien erarbeiten und mit der Politik erörtern. Nun stelle die Verwaltung dar, sie habe keine Ressourcen zur Umsetzung des Beschlusses. Daher beantrage die Fraktion Freie Wählergemeinschaft nun erneut, eine Arbeitsgruppe aus Politik und Bürgerschaft einzurichten, die eine Leitlinie Bürgerbeteiligung entwickeln solle.

Herr Waldschmidt berichtet von positiven Bürgerbeteiligungsprozessen, wie z.B. betreffend die Konversion des Zanders-Geländes. Die Fraktion Freie Wählergemeinschaft wünsche keinen Input der Stadtverwaltung, sondern eine Arbeitsgruppe aus Politik und Bürgerschaft und solle daher den beantragten Prozess federführend vorbereiten und durchführen. Die SPD-Fraktion sei bereit, sich an einem solchen Prozess zu beteiligen.

Frau Meinhardt erläutert, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN halte ihre Fraktionssitzungen grundsätzlich öffentlich ab und führe viele Gespräche mit der Bürgerschaft, erkenne aber auch Verbesserungspotential betreffend die Bürgerbeteiligung. Der Aufwand einer Bürgerbeteiligung in dem von der Fraktion Freie Wählergemeinschaft beantragten Umfang unter Federführung der Fraktionen erscheine der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu hoch.

Herr Haasbach äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft. Dabei sollte neben der Politik aber auch die Verwaltung einbezogen werden. In der Vergangenheit sei z.B. im Rahmen des „Bürgerhaushaltes“ ein positiver Bürgerbeteiligungsprozess erfolgt.

Herr Dr. Nuding entgegnet gegenüber Herrn Waldschmidt, die SPD habe die Bürgerbeteiligung in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Es sei nicht der Wunsch der Fraktion Freie Wählergemeinschaft, die Verwaltung im Prozess der Erstellung einer Leitlinie außen vor zu lassen, sondern die Verwaltung habe dargestellt, hierfür keine Kapazitäten zu haben. Die Fraktion Freie Wählergemeinschaft würde es begrüßen, wenn dies anders wäre, habe aber selbst auch keine Kapazitäten, den Prozess einzuleiten.

Herr Krell äußert die Ablehnung des Antrages durch die FDP-Fraktion. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie habe sich bewährt und ihm sei kein Beispiel für ein erfolgreiches Modell der Bürgerbeteiligung in Deutschland bekannt. Die Stadt Bergisch Gladbach befinde sich in Anbetracht der erfolgten Beteiligungen im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Bensberg, Zanders oder Schildgen – wenn diesbezüglich auch nicht optimal – auf einem guten Weg. Es gebe derzeit so viele Projekte, dass man vor diesem Hintergrund nicht noch ein weiteres einrichten solle.

Herr Kochan schlägt vor, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft, eine andere Fraktion oder ein Ratsmitglied könnte die Fraktionen zu einem vorbereitenden Gespräch auch über die für eine Einleitung des Prozesses benötigten Ressourcen einladen, bevor die Angelegenheit erneut im Hauptausschuss beraten werde.

Herr Schöpf erläutert, die AfD-Fraktion wünsche Bürgerbeteiligung und sehe hierfür viele bestehende Möglichkeiten. Bürgerbeteiligung gehe von Bürgern aus; der Mehrwert des Antrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft erschließe sich ihm nicht.

Herr Dr. Nuding zeigt sich einverstanden, die Vorlage heute zu vertagen und nach einem erfolgten Gespräch der Fraktionen wieder zu beraten.

Herr Stein bietet an, zu einem solchen Gespräch einzuladen. Die Fraktionen sollten ihm in den kommenden zwei Wochen mitteilen, wer daran teilnehme.

Herr Schütz schlägt eine Befassung auch des Ältestenrates in seiner kommenden Sitzung vor.

Herr Stein entgegnet, es sei gerade ein anderes Verfahren vereinbart worden. Falls nötig, könne der Ältestenrat danach mit der Angelegenheit befasst werden.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig den folgenden, im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung geänderten **Beschluss**:

Die Vorlage Nr. 0146/2022 – Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 24.02.2022 (eingegangen am 24.02.2022): „Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung“ (TOP Ö 11.1 der Sitzung des Hauptausschusses am 30.03.2022) wird vertagt.

11.2. Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 02.03.2022 (eingegangen am 02.03.2022): „Darstellung der Entschädigungsleistungen“
0148/2022

Herr Henkel bittet darum, zusätzlich zu den Gesamtbeträgen je Fraktion auch darzustellen, wie viele Ratsmitglieder und sachkundige Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Fraktion im Berichtszeitraum angehört hätten, womit erkennbar werde, in welcher Höhe Entschädigungsleistungen durchschnittlich je der jeweiligen Fraktion angehörigem sachkundigen Bürger bzw. Ratsmitglied in Anspruch genommen worden seien.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Das Ratsbüro fertigt, wie in den vergangenen Jahren üblich, eine Aufstellung über die an die Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger ausgezahlten Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen und geltend gemachten Fahrtkosten nach Fraktionen zusammengefasst für das Jahr 2021 an und legt sie dem Hauptausschuss vor.

11.3. Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜ-NEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 14.03.2022 (eingegangen am 15.03.2022): „Vorbereitung einer Ausschreibung für den Stromlieferungsvertrag“

Frau Meinhardt äußert die Hoffnung, dass sich ein guter Partner finden werde, auch falls sich der Vergabeprozess schwierig gestalten werde. Die Stadt solle Verantwortung übernehmen und auch

als Vorbild für den Bezug von „Ökostrom“ dienen. Perspektivisch solle die Stadt einen Großteil ihres Strombedarfes durch Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude selbst decken.

Herr Schöpf empfiehlt, aus Atomkraft gewonnenen elektrischen Strom als von der EU als solcher definierten „Ökostrom“ mit einzubeziehen.

Herr Stein weist darauf hin, dass die Verwaltung mit dem Antrag beauftragt werde, eine Ausschreibung vorzubereiten und den Ausschreibungstext vor Veröffentlichung dem Hauptausschuss vorzulegen. Im Rahmen dessen könnte Herr Schöpf seinen Vorschlag einbringen.

Herr Dr. Nuding bittet um Auskunft betreffend die zu erwartenden Mehraufwendungen.

Herr Haasbach zitiert aus der Stellungnahme der Verwaltung, „dass sich (...) eine Situation ergeben könnte, dass keine Angebote eingehen.“ Dies habe ihn nachdenklich gemacht. In einem solchen Fall würde die Grundversorgung wieder durch die BELKAW erfolgen. Er fragt, ob eine Ausschreibung so zu gestalten sei, dass die BELKAW an der Ausschreibung teilnehmen könnte, was er für sinnvoll hielte.

Herr Stein verweist diesbezüglich auf die Möglichkeit einer Einbringung in die Gremien der BELKAW. Er glaube, dass eine Beteiligung der BELKAW an der Ausschreibung möglich sein werde.

Herr Kochan erläutert, im Antrag würden drei vernünftige Ziele dargestellt. Eine Prognose zu Mehraufwendungen sei in der derzeitigen Situation des Energiemarktes schwierig.

Herr Dr. Metten sieht die Notwendigkeit, zunächst eine Beschaffungsstrategie aufzustellen. Dies solle im Beschluss berücksichtigt werden. Es müsste z.B. zunächst sondiert werden, welche Laufzeit die Verträge haben sollten. Eigentlich alles spreche für ein Tranchenmodell. Wenn ein Insolvenzrisiko antragsgemäß möglichst ausgeschlossen würde, beschränke man die Ausschreibung damit faktisch auf kommunale Gesellschaften.

Herr Krell bekräftigt, dass das Insolvenzrisiko in die Bewertung einfließen müsse und dass eine Beschaffungsstrategie auch aus seiner Sicht erforderlich sei.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig den folgenden, im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzten Beschluss:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt die Verwaltung, eine Ausschreibung für den städtischen Stromlieferungsvertrag ab dem 01.01.2023 vorzubereiten und zu veröffentlichen. Der Ausschreibungstext ist vor Veröffentlichung mit einem Vorschlag der Verwaltung für eine Beschaffungsstrategie den Mitgliedern des Hauptausschusses vorzulegen. Sollte eine weitere Ausschreibung vor dem 01.01.2023 nötig werden, ist diese im Sinne des vorliegenden Antrags vorzubereiten.

Der Ausschreibungstext soll folgende Punkte und Ziele enthalten:

- vergaberechtskonforme Ausschreibung mit dem Ziel der nächstmöglichen Umstellung des kommunalen Strombedarfes auf Ökostrom,
- vergaberechtskonforme Ausschreibung mit dem Ziel, ein finanzielles Risiko in Form der Insolvenz des Stromlieferanten möglichst auszuschließen,
- vergaberechtskonforme Ausschreibung mit dem Ziel, durch eine aussagekräftige Abrechnung systematisch Einsparpotentiale zu identifizieren.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

12.1. Schriftliche Anfragen

12.1.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 13.03.2022 (eingegangen am 14.03.2022): „Sofort-Programm zur Stärkung der Innenstädte“

0158/2022

Herr Schöpf äußert die Erwartung, dass die Verwaltung sämtliche Förderprogramme durchsehen müsse.

Herr Stein entgegnet, es bestehe eine unüberschaubare Vielzahl an Förderprogrammen, die immer auch einen städtischen Eigenanteil erfordern würden. Er appelliere an die Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene, die Kommunen endlich pauschal mit den nötigen Mitteln auszustatten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

12.2. Mündliche Anfragen

Herr Dr. Bacmeister: Frage zum Sachstand der Anmietung eines neuen Stadthauses

Herr Dr. Bacmeister fragt, ob mit den notwendigen Entscheidungen zur Anmietung eines neuen Stadthauses bis Herbst dieses Jahres zu rechnen sei, was aus seiner Sicht dringend geboten sei.

Dies wird von Herrn Stein bejaht.

Herr Henkel: Frage zu den Bürgerbüros Bensberg und Refrath

Herr Henkel bittet um Darstellung, an wie vielen Tagen die Bürgerbüros Bensberg und Refrath seit Ihrem bestehen jeweils geschlossen und geöffnet waren.

Herr Stein verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage, die auch eine Aussage zu den Krankenständen enthalten könne und dazu, dass mit dem Stellenplan diesbezüglich keine einzige neue Stelle eingerichtet worden sei.

Herr Dr. Nuding: Anfrage zum Stromverbrauch der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Dr. Nuding bittet unter Verweis auf den diesbezüglichen gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion um Auskunft, wie hoch der Stromverbrauch der Stadt Bergisch Gladbach sei.

Herr Stein verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Herr Schütz: Frage zu einer Aufhebung der Schulpflicht durch das städtische Jugendamt

Herr Schütz bittet um Darstellung, in wie vielen Fällen das städtische Jugendamt in den vergangenen fünf Jahren eine Entscheidung zur Aussetzung oder Aufhebung der Schulpflicht getroffen habe und ob diese Fälle an die Bezirksregierung gemeldet worden seien.

Herr Stein verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Herr Dr. Metten: Frage zur Beschaffung von Luftfiltergeräten für Schulen

Herr Dr. Metten fragt, wann die Luftfiltergeräte an Schulen geliefert würden und ob es die Möglichkeit gebe, die Entscheidung zur Beschaffung zu hinterfragen, also die Geräte ggf. wieder abzubestellen.

Herr Eggert antwortet, die ersten Geräte seien vor wenigen Wochen geliefert worden oder befänden sich in der Zulieferung und könnten daher wohl nicht mehr abbestellt werden. Die Frage werde ergänzend schriftlich beantwortet.

Herr Stein schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:37 Uhr.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Christian Ruhe
stellvertretende Schriftführung

